

## Einladung

**Gremium:** Schulausschuss - öffentlich  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 17.01.2017, 16:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 05.01.2017

1. An die Mitglieder des Schulausschusses
2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.11.2016
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Durchführung eines Schulversuches - Erprobung von Unterrichtskonzepten zur Umsetzung der Inklusion  
Vorlage: 2016/213
- TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017  
Vorlage: 2016/190
- TOP 7 Einwohnerfragestunde
- TOP 8 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen  
gez. von Essen  
Bürgermeister

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2016/213**

freigegeben am **05.01.2017**

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Düring, Andre

**Datum: 30.12.2016**

### **Durchführung eines Schulversuches - Erprobung von Unterrichtskonzepten zur Umsetzung der Inklusion**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	17.01.2017	Schulausschuss
N	24.01.2017	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Schulversuch „Erprobung von Unterrichtskonzepten zur Umsetzung der Inklusion im schulischen Alltag“ wird begrüßt.

Die Gemeinde Rastede als Schulträger erteilt ihr Einvernehmen zur Durchführung dieses Schulversuchs.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Die Kooperative Gesamtschule Rastede (KGS), die Grundschule Leuchtenburg und das Förderzentrum Schule „Am Voßbarg“ haben den als Anlage beigefügten Antrag auf Durchführung eines Schulversuches gestellt.

Gemäß § 22 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) dienen Schulversuche der Erprobung neuer pädagogischer und organisatorischer Konzeptionen sowie der Überprüfung und Fortentwicklung vorhandener Modelle. Eine Schule kann den Antrag auf einen Schulversuch nur im Einvernehmen mit dem Schulträger stellen.

Mit dem Schulversuch „Erprobung von Unterrichtskonzepten zur Umsetzung der Inklusion im schulischen Alltag“ sollen die notwendigen Bedingungen für eine förderliche und nachhaltige inklusive Bildung formuliert, ausprobiert und evaluiert werden. Junge Menschen sollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich als Teil der Gesellschaft und Umwelt verstehen. Sie sollen für sich, ihre Familien und ihre Welt Verantwortung übernehmen können. Hierfür bedarf es inklusiver Unterrichtskonzepte, welche jedem Jugendlichen das Erreichen dieser Ziele ermöglicht.

Das hier vorgestellte Konzept besteht aus drei zentralen Bausteinen, nämlich einer konstanten Lerngruppenbegleitung, einer projektorientierten Arbeitsweise und einer, den individuellen Fähigkeiten angepassten, Organisation des Schultages.

Der Unterricht würde in Lernbasis und Lerninseln organisiert werden. Die Lernbasis beinhaltet die Basiskompetenzen (Deutsch, Mathe und Englisch) und ist durch feste Lerngruppenbegleiter, ein Tutorenprinzip und Anfangs- und Reflexionszeiten gekennzeichnet. Als Lerninseln ist die Arbeit in zeitlich begrenzten Projekten zu curricularen Inhalten zu verstehen.

Die Arbeit der Schülerinnen und Schüler werden durch die Lehrkräfte in einem „Lotsensystem“ betreut. Die Leistungen werden bewertet und ausbildungsrelevante Basiskompetenzen werden vermittelt.

Der Schulversuch soll nach Möglichkeit wissenschaftlich begleitet werden. Hierfür hat Herr Dr. Wernke, Institut für Pädagogik der Universität Oldenburg, bereits Interesse bekundet.

In der Sitzung des Schulausschusses wird der Rektor des Förderzentrums, Herr Schrape, anwesend sein und für eventuelle Fragen zur Verfügung stehen.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

#### **Anlagen:**

1.) Antrag der KGS, GS Leuchtenburg und Förderzentrum Schule „Am Voßbarg“.

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2016/190**

freigegeben am **24.11.2016**

**Stab**

Sachbearbeiter/in: **Frank Dudek**

**Datum: 18.11.2016**

### **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	05.12.2016	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	16.01.2017	Kultur- und Sportausschuss
Ö	17.01.2017	Schulausschuss
Ö	23.01.2017	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	06.02.2017	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	07.02.2017	Feuerschutzausschuss
Ö	20.02.2017	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.02.2017	Verwaltungsausschuss
Ö	28.02.2017	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur ersten Beratung:*  
Dem Entwurf der Haushaltsplanung wird unter Berücksichtigung der Beratung zugestimmt und zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.
- 2. Für die Beratung in den Fachausschüssen:*  
Der Ausschuss stimmt dem Entwurf der Haushaltsplanung unter Berücksichtigung der Beratung zu.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 berücksichtigt im Gegensatz zu vorherigen Jahren alle relevanten Orientierungsdaten unter vollständiger Ausschöpfung der dort skizzierten Annahmen und auch den Grundbetrag für die Berechnung der sogenannten Schlüsselzuweisungen.

Entgegen der Vorjahre ist zwar der Ergebnishaushalt erstmalig nicht ausgeglichen. Insgesamt ergibt sich ein Haushaltsdefizit von rund 1,3 Millionen €.

Dies findet seine Ursache nicht allein in der Tatsache, dass Grundstücksverkäufe aus haushaltsrechtlichen Gründen in einem sogenannten außerordentlichen Haushalt zu veranschlagen sind; insgesamt ist die Ertragsstruktur des Haushaltes nicht in der Lage einen Haushaltsausgleich zu erzeugen.

Dies hat sowohl mit Einmalfaktoren wie zum Beispiel besonderen Bauunterhaltungsmaßnahmen zu tun aber auch mit dauerhaft auftretenden Themen wie zum Beispiel der jetzt vorzunehmenden Verlagerung von sogenannten Sammelposten vom Investitions- in den Ergebnishaushalt.

Die nach wie vor gute gesamtwirtschaftliche Lage beschert der Gemeinde zwar hohe Einnahmen insbesondere in Form von Gewerbesteuer und Landesumlagezahlungen, hat aber erkennbar die Grenze des Ertragszuwachses erreicht, während bei den Aufwendungen Personal, Bewirtschaftung und allgemeine Kostenentwicklung in öffentlichen Einrichtungen nach wie vor steigen.

Mit einem Volumen von derzeit rund 37 Millionen € ohne Berücksichtigung der Regiekosten erreicht der Ergebnishaushalt nochmals eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Es sollte nicht verkannt werden, dass dieses Ergebnis auch ein Anspruchsdenken widerspiegelt, dass man in der Zukunft unter Berücksichtigung der derzeitigen Rahmenbedingungen in jedem Fall wird reduzieren müssen.

Dass der Haushaltsausgleich des Ergebnishaushaltes letztlich durch Entnahme aus der sogenannten Überschussrücklage ermöglicht wird, führt zwar zum rechtlich gebotenen Haushaltsausgleich; es wird allerdings unumgänglich sein, die Entwicklung der Finanzen und das damit verbundene Ausgabegebaren sehr viel intensiver begleiten zu müssen.

Der Finanzhaushalt erfüllt im Bereich der laufenden Verwaltung die gesetzlichen Anforderungen. Die Einzahlungen decken die Auszahlungen und die ordentliche Tilgung wird aufgebracht. Darüber hinaus ist eine geringfügige Investitionsrate von rd. 50.000 € vorhanden, die dem Investitionshaushalt zur Verfügung gestellt, allerdings in Bezug auf das dortige Volumen eher kosmetische Wirkung entfaltet.

Die vorherigen Ausführungen zeigen sich auch in der Finanzplanung. Bereits jetzt wird deutlich, dass zum Ende des Planungszeitraumes 2020 ein Ausgleich nur unter erheblichen Beschränkungen erreicht wird.

Der Investitionsbereich ist mit einem Volumen von rd. 10,5 Mio. € in weiten Teilen von der aktuellen Notwendigkeit bestimmt, gesetzliche Verpflichtungen insbesondere im Schulbaubereich zu erfüllen. Daneben werden Aufwendungen erforderlich, um auch in der Zukunft Flächen für die Baulandentwicklung ausweisen zu können. Neben den Aufwendungen für den Grunderwerb sind auch die damit einhergehenden Erschließungsaufwendungen auf der Grundlage des Kassenwirksamkeitsprinzips veranschlagt worden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

## **Anlagen:**

Die Darstellung des Haushaltsplanentwurfes ist aufgrund gesetzlicher und technischer Bedingungen komplex. Es war bisher immer Wunsch der Gremien, alle Veranschlagungen zu sehen, so wie es in kameralen Zeiten auch der Fall gewesen ist. Gesetzlich ist das seit Einführung der Doppik nicht vorgesehen, weil es den Beratungszielen nicht entspricht. Die Produktsicht ist die vordergründige Sicht. Nachfolgend kommt die Budgetbereitstellung für die Produkte, die nur eine grobe Differenzierung kennt.

Die Einnahmen und Ausgaben werden blockweise, also je Produkt, dargestellt. Das entspricht grundsätzlich der Lesart eines Haushaltsplanes nach heutigem Haushaltsrecht.

Die Bezeichnungen der Sachkonten beinhalten keine „Fehler“, sondern sind der Technik geschuldet, die nur eine bestimmte Anzahl von Buchstaben erlaubt.

Die Abschreibungen sind für die Finanzplanungsjahre nicht abgebildet. Das hat technische Gründe.

Anlage 1, 2: Mittelanmeldungen

Anlage 3: Investitionsprogramm

Anlage 4: Übersicht über Produkte und Kostenstellen

Anlage 5: Stellenplanübersicht mit Erläuterungen